

Zitat des Monats:

„Der pandemische Zeitgeist bedeutet die Kontrolle der Gesellschaft im Zeichen eines absolut verstandenen Gesundheitsschutzes.

Dieser beruht auf drei Elementen:

- einer hypergenauen Diagnostik,
- einer gigantischen Organisation und
- Eingriffen in die Grundrechte.“

Eric Gujer,
NZZ-Chefredaktor

Diese Ausgabe von LSI Aktuell soll nach unseren Vorstellungen die letzte Corona-Ausgabe sein.

Wir haben den Juristen Timur Lutfulin gebeten, seine liberale Ansicht zur „Impfpflicht“ darzulegen.

Der neugewählte MdL Friedrich Haag erläutert zudem seine Sicht auf die E-Fuels

Die Forderungen der Liberalen Senioren zur Bundestagswahl finden Sie auf Seite 6.

Dr. Wolfgang Allehoff
Landesvorsitzender

Die Corona-Maßnahmen beenden! Sofort!

Eric Gujer von der NZZ zitiert den deutschen Epidemiologe Gérard Krause, der sich in einem Interview mit der «Welt» wundert, wie sehr sich der Umgang mit Infektionskrankheiten während Corona verändert hat. Früher legte man sich bei Anzeichen einer Grippe ins Bett und suchte den Arzt allenfalls dann auf, wenn sich die Symptome verschlimmerten. Dieser verschrieb dann meist nach bloßem Augenschein Medikamente. Keine Behörde erfuhr von der Erkrankung, der Fall ging in keine Statistik ein, keine Zeitung kommentierte das Infektionsgeschehen. Dabei kann eine schwere Grippe einen ähnlichen Verlauf wie «Long Covid» haben.

Wie anders sei die Situation heute, so Krause: «Wir haben einen riesigen diagnostischen Apparat aufgebaut, in dem wir Leute testen, selbst wenn sie keine Beschwerden haben. Würde man jeden Nasenstrich auf die gängigen fünf oder zehn anderen Atemwegsinfektionen testen, könnte rasch der Eindruck entstehen, wir hätten zusätzliche enorme Epidemien. Zum Beispiel würden wir häufig Meningokokken finden

– um nur einen Erreger zu nennen, der im Gegensatz zu Covid-19 bei Kindern und Jugendlichen tatsächlich häufig dramatische Erkrankungen verursacht.»

Sein Fazit: die Maßnahmen sofort beenden - sowie Boris Johnson es getan hat.

Denn das Credo zu Beginn der Pandemie hieß, um die verletzlichsten Personen, die Alten und Kranken, zu schützen, sind Freiheitsbeschränkungen für alle zwingend erforderlich.

Diese vulnerablen Gruppen sind inzwischen zu 80 Prozent geimpft. Die Maßnahmen reichen als Grund für Verbote folglich nicht mehr aus.

Wir Liberalen Senioren sind Teil dieser vulnerablen Gruppen. Wir fordern deshalb die Verantwortlichen zur sofortigen Aufhebung der Verbotsmaßnahmen auf.

Warum? Gujer argumentiert so: Geht man bis in die frühen siebziger Jahre zurück, sieht man, wie sehr sich die Wahrnehmung verschoben hat. Damals hatte sich die Masernimpfung noch nicht als Standard durchgesetzt. Obwohl Masern schwers-

te Schäden verursachen können, fiel der Schulunterricht nicht aus.

Die Krankheit wurde als Teil des Lebensrisikos hingenommen. Kein Politiker wäre deswegen auf die Idee gekommen, die Schulen zu schließen oder gar die ganze Bevölkerung Beschränkungen zu unterwerfen.

Wir haben uns im letzten LSI Newsletter Gedanken zu den Kollateralschäden dieser Maßnahmen gemacht. Nicht nur in den vulnerablen Gruppen: Einsamkeit, Depressionen.

Wir haben beschlossen, wo und wann immer es geht, Präsenzveranstaltungen wieder durchzuführen.

Wir haben beschlossen, unsere erfolgreichen Reise- und Ausflugsangebote wieder aufzunehmen - allerdings in veränderter Form.

Das Risiko als alleiniger Veranstalter können wir nicht tragen. Deshalb werden wir Angebote auf dem Markt prüfen, ob sie für unsere Absichten und Pläne passen. Da machen wir mit.

●WHA

Impfpflicht? Viel zu tun für die Freiheit!

Über den Autor :

Dr. Timur Lutfullin ist Bundestagskandidat der FDP im Wahlkreis Stuttgart II und Vorsitzender und Bezirksbeirat in Stuttgart Bad Cannstatt.

Er ist Staatsanwalt und derzeit an den Landtag als Berater für Innen- und Rechtspolitik abgeordnet.

Der 35-Jährige ist verheiratet und Vater eines 18 Monate alten Sohns.

Sie erreichen ihn per E-Mail unter:

Timur.lutfullin@fdpstuttgartost.de

Weitere Informationen über ihn finden Sie unter

www.lutfullin.de

oder auf Facebook:

<https://www.facebook.com/Dr.Timur.Lutfullin/>.



Die Corona-Pandemie ist nicht nur eine gigantische Herausforderung für das Gesundheitswesen, die Staatsfinanzen und die Verwaltung. Sie stellt vor allen Dingen auch unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaftsordnung vor Herausforderungen, wie es sie wahrscheinlich noch nie im Nachkriegsdeutschland gab.

Deswegen stelle ich auch meine aktuelle Bundestagswahl-Kampagne unter das Motto „Viel zu tun für die Freiheit“.

In der Pandemie wuchs bei beträchtlichen Teilen der Gesellschaft quer durch alle Altersklassen der Wunsch nach einem starken Staat. Einem Staat, der sich in jeder Lebenslage um einen kümmere; der einen beschütze. Ja, bisweilen einem Staat, der – mit einer Heerschaar von Experten im Schlepptau – schon besser wisse, was für die Menschen das Richtige sei. Eine solche Haltung mag bequem sein.

Sie steht aber im Widerspruch zu unseren Überzeugungen von einer Gesellschaft, die auf die Freiheit und Selbstverantwortung des Einzelnen setzt.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Das bedeutet nicht, dass die Politik von Bundes- und Landesregierung in der Corona-Pandemie immer falsch war. Gewisse Einschränkungen waren unvermeidbar, gerade auch um die Risikogruppen in unserer Gesellschaft zu schützen. Dies galt zu Beginn der Pandemie noch mehr, denn zu diesem Zeitpunkt war noch wenig über das Virus bekannt. Aber mit der Zeit wurde immer deutlicher, dass die Regierungen den einfachen Weg von pauschalen Schließungen wählten, anstatt differenzierte Konzepte auf wissenschaftlicher Grundlage zu erarbeiten.

DR. TIMUR LUTFULLIN

VIEL ZU TUN FÜR DIE FREIHEIT.

Die radikale Einschränkung der Kontakte von Menschen in Alten- und Pflegeheimen etwa führte zu einer massiven Isolierung der Bewohner. Gleichzeitig war die Regierung aber nicht imstande, das Einschleppen des Virus durch eine konsequente Testung des Personals zu vermeiden. **Die Opfer dieser verfehlten Politik gehen in die Tausende.**

Ein weiteres Beispiel dieser falschen Politik ist die pauschale Schlie-

ßung der Gastronomie mit funktionierenden Hygiene-Konzepten. Die Folge war, dass sich die Menschen im Privaten ohne jegliche Distanz und Schutzmaßnahmen trafen, was die Zahl der Neuinfektionen nur weiter beförderte.

Und schließlich waren Kinder und Jugendliche durch die monatelange Schließung von Schulen ohne funktionierende Fern-Unterricht-Konzepte große Verlierer der Pandemie.

Die Lernrückstände, aber auch die Probleme im sozialen Miteinander, werden unsere Gesellschaft noch viele Jahre begleiten.

Wird aber wenigstens in Zukunft alles gut?

Wir erinnern uns an frühere Versprechen der Bundeskanzlerin, dass die Freiheitseinschränkungen enden werden, wenn allen Bürgerinnen und Bürgern ein Impfangebot gemacht wird. Dies wird in absehbarer Zeit der Fall sein.

Aber von der Aufhebung der Freiheitsbeschränkungen ist nunmehr nichts zu hören.

Stattdessen richtet die Politik den Blick nun auf die Gruppe der sogenannten Impfverweigerer. Es gilt, diese mal mehr,

Impfpflicht? Noch mehr zu tun für die Freiheit

mal weniger sanft zur Impfung zu bewegen. Dem Amtschef im Landessozialministerium Lahl schwebt etwa vor, dass Nicht-Geimpfte künftig für Schnelltests selbst bezahlen sollen, wobei er ausdrücklich offen lässt, ob die seit Monaten verfügbaren Schnelltests genügen oder ob es künftig teure PCR-Tests sein müssen.

Für Kanzleramtschef



Braun ist es durchaus denkbar, dass künftig selbst negativ getesteten Nicht-Geimpften der Zutritt zum Restaurant, Hotel oder einem Konzert verweigert wird. **Und Ministerpräsident Kretschmann schließt gar eine Impfpflicht nicht aus.**

Von all diesen Vorschlägen ist schon aus juristischer Sicht wenig bis gar nichts zu halten.

Wenn beispielsweise alle Regierungen von Stuttgart bis Kiel monatelang sogenannte Schnelltests als ausrei-

chend wirksames Mittel eingestuft haben, dann wäre es unverhältnismäßig und sachwidrig, faktisch als reine Schikane von Nicht-Geimpften die Schnelltests durch einen PCR-Test zu ersetzen.

Gleiches gilt für Betretungsverbote für Nicht-Geimpfte, wie sie Kanzleramtschef Braun vorschweben.

Denn wenn die Politik monatelang Geimpfte und Negativ-Getestete gleich behandelt hat, kann sie dies nicht ohne Sachgrund ändern. Und was eine tat-

sächliche Impfpflicht angeht, so hat das Bundesverfassungsgericht die Hürden in ständiger Rechtsprechung so hoch gesetzt hat, dass selbst der wissenschaftliche Dienst des Bundestages im letzten Jahr ausdrücklich feststellte, **dass im Fall von Covid-19 eine Impfpflicht verfassungswidrig wäre.**

Das bedeutet aber nicht, dass wir Liberale uns zurücklehnen können und die Verteidigung der Grundrechte

den Gerichten alleine überlassen dürfen.

Denn den oben genannten Vorschlägen liegt eine Politik zugrunde, die meint, besser zu wissen, was für die Menschen das Richtige sei und diese dann auch mit entsprechendem Zwang hierzu zu drängt. **Wir Liberale stehen hingegen für eine Politik, die die Entscheidung, ob man sich impft, dem Einzelnen überlässt.**

Falls Sie sich übrigens beim Lesen dieser Zeilen fragen, ob ich geimpft bin. Ja, ich selbst bin bereits seit geraumer Zeit vollständig geimpft, weil ich überzeugt bin, dass ich damit andere und mich gleichermaßen schütze. Und ich freue mich über die Entscheidung jeden Einzelnen, sich selbst zu impfen – das haben gerade sehr viele Seniorinnen und Senioren vorbildlich getan.

Aber wenn ein mündiger Bürger für sich die Entscheidung trifft, sich nicht impfen zu lassen, dann ist sein gutes Recht – selbst wenn er sich bewusst die Risiken von schweren Krankheitsverläufen aussetzt.

Umso mehr gilt 2021 und in Zukunft daher: „Die Freiheit ist auch immer die Freiheit des

Ungeimpften.“

Es bedarf keiner großen Fantasie, um sich auszumalen, dass in den Köpfen einiger Politiker von der CDU über die Grünen bis hin zur SPD eine solche Politik auch für andere Bereiche, insbesondere Klimapolitik, übertragen werden soll.

Es wird daher in den nächsten Jahren darum gehen, zur alten Normalität zurückzukehren und den übergriffigen Staat in seine Schranken zurückzuweisen.

Wir brauchen einen Fahrplan für ein normales Leben ohne Corona-Verordnungen. Die Politik muss ihren Beitrag dazu leisten, den Menschen wieder ihre Freiheiten zurückzugeben.

Begrüßung per Handschlag, Besuch von Konzerten, unbeschwerte Feiern im privaten Kreis und vieles mehr muss wieder normal werden.

Ich stehe für eine solche Politik der Freiheit, die den Menschen vertraut, statt ihnen umfassende Vorgaben zu machen.

Es gibt daher viel zu tun für die Freiheit.

E-Fuels sichern Arbeitsplätze ...

Als **E-Fuels** (Abkürzung von engl. *electrofuels*, Elektro-Kraftstoffe) werden synthetische Kraftstoffe bezeichnet, die mittels Strom aus Wasser und Kohlenstoffdioxid (CO₂) hergestellt werden. Dieser Prozess wird als Power-to-Fuel bezeichnet und kann abhängig davon, ob gasförmige oder flüssige Brennstoffe synthetisiert werden, via Power-to-Gas oder Power-to-Liquid-Technik realisiert werden.

Je nach erzeugtem Kraftstoff spricht man im Speziellen von E-Diesel, Synthesegas oder E-Methanol. Soweit der Strom vollständig aus erneuerbaren Quellen stammt und das CO₂ der Atmosphäre entnommen wird bzw. aus Biomasse oder Industrieabgasen stammt, können mittels E-Fuels Verbrennungsmotoren oder Brennstoffzellen *klimaneutral* betrieben werden.

Quelle: Wikipedia

Über den Autor:
Friedrich Haag wurde im Mai 2021 im Wahlkreis Stuttgart II in den Landtag von Baden-Württemberg gewählt. Als Mitglied der FDP/DVP-Fraktion ist er wohnungsbaupolitischer Sprecher der Fraktion und Mitglied in den Landtagsausschüssen Landesentwicklung & Wohnen sowie Verkehr.

www.friedrich-haag.de

Mit E-Fuels werden wir klimaneutral, flexibel und sichern Arbeitsplätze.

Die Bundesregierung subventioniert den Kauf von E-Autos. Kommunen und Landkreise investieren in teure E-Ladestrukturen. Im Sommer 2021 werden erstmals mehr als eine Million Elektro-Pkws und Plug-In-Hybride in Deutschland zugelassen sein. Parallel verkünden unsere Autobauer wie Daimler und Audi das Ende ihrer Verbrennermodelle in den nächsten Jahren. So hat Daimler dieser Tage seine Zukunftsstrategie bekanntgegeben:

Ab 2030 sollen alle Modelle vollelektrisch sein. Mit Partnern will man selbst Batteriezellen weltweit in acht Giga-Fabriken fertigen. **Alles gut im Land der Ingenieure, der Autobauer und ihrer zahlreichen Zulieferer und Dienstleister?**

Mitnichten, wie wir in der

Region Stuttgart erfahren müssen:

Daimler kündigt trotz der Expansionspläne einen Personalabbau an, beim Zulieferer Mahle sind die Zahlen schon amtlich: 7600 Mitarbeiter weltweit, und davon 2000 in Deutschland, werden entlassen.

Wenn der Schalter in der Automobilwirtschaft auf Elektromobilität umgelegt wird, bedeutet das Jobverlust und das Ende der bisher etablierten Zulieferketten.

Ist die E-Mobilität der Königsweg, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren? Wie viele kluge Ingenieure und Wissenschaftler bin ich davon überzeugt, dass wir aktiven Klimaschutz im Verkehr realisieren können, aber nicht mit Fokussierung auf staatlicher Förderung ausschließlich für E-Antriebe.

Ich setze mich – wie übrigens die FDP generell – für eine Technologieoffenheit bei Antrieben ein. Denn wissen wir wirklich, welche Mobilitätsbedarfe in fünf oder 10 Jahren gefragt sind? Ich glaube, dass verschiedene Systeme ihre Berechtigung haben:

- Ein **Elektro-Smart** mag für die Einkäufe in der **City** das ideale Vehikel sein.
- Für den **Vereinsausflug** mit dem **Mini**-bus und 10 Personen in die Berge wäre es aber der effiziente, saubere Dieselmotor,
- und für Außendienstmitarbeiter der Verbrenner.
- Global betrachtet haben wir Regionen und Absatzmärkte auf der Erde, in denen die Nachfrage nach preiswerten Autos steigt, aber E-Mobilität schwer zu realisieren ist.

Eine wirklich klimaneutrale Alternative zum Elektromotor, schnell verfügbar und Besitzern von Verbrennerautos gut vermittelbar, sind sogenannte synthetische Kraftstoffe (E-Fuels).

Wir entnehmen CO₂ aus der Atmosphäre, speichern es im Kraftstoff und verbrennen den wieder zu CO₂ – so funktioniert Kreislauf!

Im Gegensatz zu fossilem Kraftstoff, bei dem wir C tief aus dem Boden nehmen, zu CO₂ in der Atmosphäre verbrennen und das C eben nicht wieder tief in den Boden kommt (kein Kreislauf).

... sind klimaneutral und flexibel

Das sind die wichtigsten Vorteile:

- Bestehende Verbrennerautos könnten mit E-Fuels problemlos betrieben werden.
- Die Klimaschutzeffekte treten sofort bei der ersten Betankung ein. Es entstehen keine zusätzlichen Treibhausgase.
- Auch für Flugzeuge, Schiffe sowie in weiten Teilen des Schwerlastverkehrs sind E-Fuels die technisch sinnvolle Alternative.
- Weiterentwicklung, Produktion und Speicherung von E-Fuels wären ein Konjunkturprogramm mit neuen Arbeitsplätzen.
- E-Fuels könnten ein großes EU-Projekt werden oder ein Pro-

jekt, von dem sonnen- und windreiche Entwicklungsländer profitieren.



Friedrich Haag MdL

Im aktuellen EU-Klimaschutzpaket „Fit for 55“ ist definiert, dass ab 2035 in EU-Ländern Motoren überhaupt kein Kohlendioxid mehr ausstoßen dürfen.

Das wäre die Chance, jetzt in Deutschland

mit Innovationen zu punkten. Sehr bedauerlich, wie alternativlos die Industrie im Verbund mit der Bundesregierung und Umweltorganisationen nun einfach das Ende der Verbrenner-technik in Deutschland ausruft.

Man muss sich nur verdeutlichen, dass wir 1,3 Milliarden Fahrzeuge auf der Welt haben, über 90% haben einen Verbrennungsmotor. Wenn wir die CO₂-Emissionen des globalen Straßenverkehrs reduzieren wollen, dann müssen wir fossile Kraftstoffe durch die synthetische

ersetzen.

Erst vor wenigen Tagen fand in Stuttgart die 3. Diskussionsrunde der FDP zu E-Fuels statt.

Der Titel „**Deutschland auf dem Holzweg. Wird über den Pkw-Antrieb der Zukunft in China entschieden?**“ lässt erahnen, worum es ging.

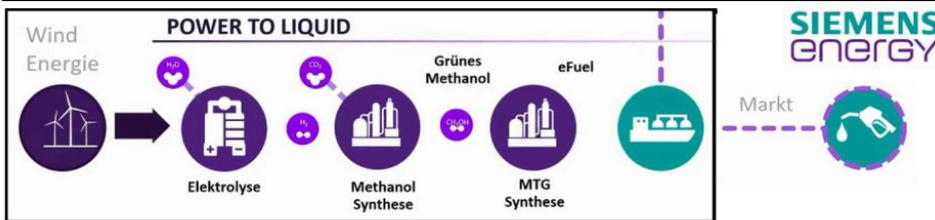
Die Zuhörer erfuhren, dass chinesische und andere asiatische Autobauer neben E-Antrieben auf synthetische Kraftstoffe setzen und auch die Wasserstofftechnologie weiterentwickeln. Zur Technologieoffenheit in Fernost meinte Podiumsgast Norbert Haug, langjähriger Mercedes-Rennsportleiter:

„**Die Vielfalt macht's, wie im richtigen Leben.**“

Mehr Infos unter:

www.e-fuels.de

Power-to-Liquid Schema



	Windpark Installation	Elektrolyse Kapazität	eFuel Produktion (liter per year)	CO ₂ Einsparung (t pro Jahr)
Demo Phase 2022	3.4 MW	1.25 MW	130,000	900
Phase 1 2024	280 MW	175 MW	55 million	0.15 million
Phase 2 2026	~2.5 GW	~2 GW	550 million	1.7 million

Reicht für ca. 500.000 PKW.

Der Standort Magellanes bietet signifikantes Potenzial zur Erweiterung bis zu > 12,5 GW

Effizienzgrad-Diskussion:

Für eine komplette Stromversorgung aus erneuerbaren Quellen müssten große Energiemengen z.B. in Form von Wasserstoff zwischengespeichert werden, um Perioden mit geringer Stromproduktion zu überbrücken.

Dabei fallen ebenfalls hohe Umwandlungsverluste an, die bislang nicht berücksichtigt werden.

Aktiv
in
jedem
Alter

Aufruf der
Liberalen
Senioren
zur
Bundestags-
wahl 2021

Gehen Sie
wählen!

Bundestagswahl am 26. September 2021

Deutschland braucht den Schwung der Jugend. Deutschland braucht genauso die Kompetenz und die Erfahrung der Älteren. Wir können nur erfolgreich sein, wenn wir unsere Zukunft gemeinsam gestalten. Deshalb setzen die Freien Demokraten und die Liberalen Senioren gleichermaßen auf Jung und Alt.

Aktiv in unserer Gesellschaft

Gesellschaftliche Teilhabe ist Kern der Generationenpolitik der Liberalen. Die Digitalisierung eröffnet dafür neue Chancen. Wir wollen die Älteren dabei mitnehmen – auch beim ehrenamtlichen Engagement, einem zentralen Pfeiler unserer freiheitlichen Gesellschaft.

Deshalb wollen wir Liberale Senioren

- mehr politische Mitwirkung der älteren Generation in Parteien, Verbänden und in der Öffentlichkeit
- mehr ehrenamtlichen Einsatz auf allen Ebenen, vor allem in kommunalen Seniorenräten mit Rede- und Antragsrecht
- Anreize und stärkere Anerkennung bürgerchaftlichen Einsatzes (ideell und materiell, z.B. durch eine verlässliche Ehren-

amtszuschale und Dokumentation auf Zeugnissen)

- stärkere Unterstützung der Selbsthilfegruppen.

Aktiv und selbstbestimmt

Wir Liberalen wollen eine selbstbewusste und selbstbestimmte Lebensführung für alle Menschen in jedem Alter. Für Ältere gehört dazu der möglichst lange Verbleib in den eigenen vier Wänden.

Deshalb wollen wir Liberale Senioren

- mehr Wohnkonzepte für ein Miteinander von Jung und Alt
- die Kreditvergabe für altersgerechte Sanierungen und Umbauten sicherstellen
- die Entwicklung technischer Assistenzsysteme (auch Robotik) vorantreiben
- ältere Menschen in der Nutzung dieser Systeme schulen (digitale Autonomie)
- bei fehlender digitaler Vernetzung älterer Menschen ein Recht auf analoge Dienstleistungen sichern
- für Barrierefreiheit und Mobilität sorgen
- das private Umfeld vor Kriminalität sichern.

Selbstbestimmung gilt für uns Liberale bis zum Lebensende. Die Entscheidungsfreiheit, sein Leben zu beenden, muss eine für alle Beteiligten sichere Rechtsgrundlage erhalten. Die Strafbarkeit der Hilfestellung muss ersatzlos aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden.

Aktiv im Beruf

Kein Betrieb kann vor dem Hintergrund des wachsenden Fachkräftemangels auf die Erfahrungen, die Kompetenzen und die Kreativität älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verzichten. Das zeigen die Entwicklungen der letzten Jahre.

Deshalb fordern wir Liberale Senioren

- den Wegfall aller Altersgrenzen
- eine neue Form gezielter Personalplanung für altersgerechtes Arbeiten in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung (Alternsmanagement)
- innerbetriebliche Weiterbildung älterer Menschen, auch in digitalen Techniken
- Die Stärkung betrieblicher Gesundheitsförderung und psychologisches Coaching

Forderungen der Liberalen Senioren

Lebenslanges Lernen

Bildung und Weiterbildung sind der Schlüssel, in jedem Alter und jeder beruflichen Lebensphase das Beste aus sich zu machen.

Deshalb wollen wir Liberale Senioren

- einen Bildungspakt der Generationen zur wechselseitigen Unterstützung von Jung und Alt
- stärkere Durchlässigkeit des Bildungssystems zwischen Schule, betrieblicher Ausbildung und Hochschule
- die Vernetzung aller Bildungswege zu einem Konzept für lebenslanges Lernen
- weitere und mit Hilfe von Digitalisierung verbesserte Fortbildungskonzepte für jeden Lebensabschnitt, integriert ins duale System
- W-LAN in allen Alten- und Pflegeheimen

Aktiv mit sicherem Einkommen

Generationengerechtigkeit heißt für uns, dass jede Generation aus eigener Kraft ihre Aufgaben bewältigen kann. Das setzt eine Verringerung der Abgabenlast in einem neu justierten Sozialsystem voraus. Wir

wollen eine gesicherte Rentenbasis, die die junge Generation nicht überfordert.

Deshalb verlangen wir Liberale Senioren

- einen flexiblen Renteneintritt ab dem 60. Lebensjahr
- den Wegfall der Zuverdienstgrenzen
- die Erweiterung privater und betrieblicher Altersvorsorge durch eine gesetzliche Aktienrente
- die nachgewiesene sichere Finanzierung zusätzlicher Rentenversprechen
- die transparente Einstellung der Rentenzusagen in den Bundeshaushalt. (Kennlichmachung und Ausweisung versicherungsfremder Leistungen in den Sozialversicherungen)

Gesundheitspolitik mit Vernunft und Augenmaß

Jeder Mensch ist zunächst einmal selbst für seine Gesundheit verantwortlich. Wir Liberalen setzen auf die Stärkung der Prävention in jedem Alter sowie mehr Wettbewerb und Wahlfreiheit im Gesundheitswesen. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist ein duales System von ge-

setzlicher und privater Krankenversicherung.

Deshalb fordern wir Liberale Senioren

- die Stärkung gesundheitlicher Aufklärung und Präventionsmaßnahmen
- mehr Zeit und Zuwendung für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung und Pflege durch weniger Bürokratie
- die Nutzung von Telemedizin und E-Health
- den Ausbau von Palliativmedizin und Hospizdiensten
- vor dem Hintergrund von Pandemien Forschung, Entwicklung und Produktion von Arzneimitteln stärker nach Deutschland und Europa zu verlagern.

Die Zukunft fängt heute an – gestalten wir sie gemeinsam.

Wir Liberalen schaffen den Rahmen für ein selbstbestimmtes Leben in jedem Alter.

Wir vertreten die Interessen der älteren wie der jungen und mittleren Generation, was die Anerkennung ihrer Lebensleistung und die Schaffung ihrer Lebenschancen betrifft.

Aktiv in unserer Gesellschaft

Aktiv und selbstbestimmt

Aktiv im Beruf

Lebenslanges Lernen

Aktiv mit sicherem Einkommen

Gesundheitspolitik mit Vernunft und Augenmaß

**Stärken stärken -
miteinander
Gestalten!**

**Zukunft aktiv
machen!**

**Die Zukunft fängt
heute an –
gestalten wir sie
gemeinsam.**

In eigener Sache: Oberschwaben Dream-Team ...



Dr. Gerhard Bozler

Es ist unbestritten, dass der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben-Ulm der stärkste innerhalb der LSI Baden-Württemberg ist. Das ist zum einen historisch gewachsen und zum anderen das Verdienst der aktuellen Regional-Leitung, bestehend aus Dr. Gerhard Bozler, Klaus Kastner und Guglielmo Mizia.

Ich - und viele andere - sehen sie als Dream Team, die mit professionellem Spaß und viel liberalem Herzblut den Regionalverband zu einer Muster-Institution aufgebaut haben.



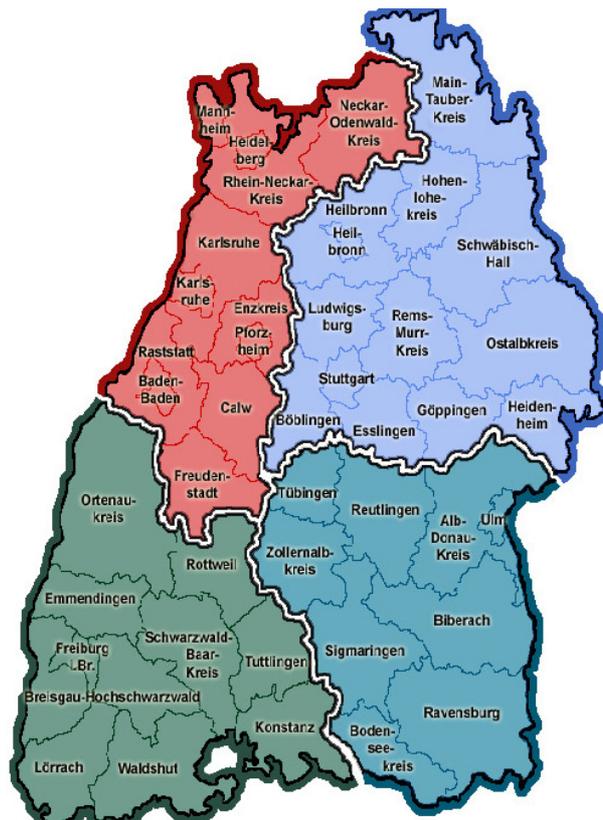
Klaus Kastner

Als Landesvorsitzender möchte ich dem Team meinen tiefsten Dank aussprechen, denn alle drei geben mit Ende der Wahlperiode 2021 im Herbst - aus unterschiedlichen Gründen - ihre Ehrenämter ab. Die Frage ist: an wen?

Ich habe mir deshalb Gedanken gemacht, was ein Dream Team ist?

Als **Dream Team** wurde die Basketballnationalmannschaft der USA bei

den Olympischen Spielen 1992 in Barcelona bezeichnet, die in überlegener Manier die Goldmedaille gewann. Die Mannschaft gilt als größte Ansammlung individueller Talente in der Basketball-



Geschichte.

Ein neuralgischer Punkt in vielen sportlichen und anderen „Teams“ sind Spannungen zwischen den Einzelpersonlichkeiten - besonders zwischen den Stars.

Die Spielweise des Dream Teams war geprägt von einer starken Manndeckung und sehr vielen Schnellangriffen, die vor allem aus zahlreichen Ballgewinnen in der Defensive resultierten. Auch die schwache

Wurfquote des jeweiligen Gegners in Verbindung mit der Reboundüberlegenheit der Amerikaner war in jedem Spiel ausschlaggebend für den Sieg.

Das heißt, im Team herrscht Arbeitsteilung, wobei jeder seine Stärken ausspielt und sich bedingungslos auf den anderen verlässt. Und jedem ist klar, auf was es ankommt, um zu gewinnen.

Die US-amerikanische NBA-Mannschaft wurde im öffentlichen Diskurs allerdings weitgehend dem sportlichen Kontext enthoben, da

der Sieg von vornherein als sicher vorausgesetzt wurde. Sportlich stellte sich daher allenfalls die Frage nach der Höhe der Erfolge.

Das Vertrauen des Teams in sich selbst war überragend.

Soweit zum Dream Team. Unsere Herausforderung ist nun: Wie finden wir Persönlichkeiten, die diese Aufgabe mit Hilfe des aktuellen Teams in Zukunft lösen?



Guglielmo Mizia

... baut zusammen mit Landesverband Nachfolger auf

Versuch einer Antwort:

- Die jetzigen Amtsinhaber haben zugesagt, aktiv auf Persönlichkeiten zu zugehen und die Bereitschaft zu erfragen
- Wir sind uns im Klaren, dass wir natürlich nicht aus dem Stand eine neues Dream Team formen können,

das hat beim jetzigen auch eine Zeit gedauert.

- Und wie im Sport wird das Team aus anderen Regionalleitern und Leiterinnen Unterstützung bieten.
- Wir wollen, dass das neue Team ebenso wie das alte

ein Dream Team wird.

- Deshalb werden wir großen Nachdruck darauf legen, qualifizierte Nachfolger zu finden und zu etablieren.
- Mit der Unterstützung des gesamten Landesverbands. Versprochen!



Dr. Wolfgang Allehoff

Regionalverband Bodensee Oberschwaben Ulm spendet für Flutopfer

Die Hochwasserkatastrophe im Raum Ahrweiler hat inzwischen ein juristisches Nachspiel. Die Staatsanwaltschaft Koblenz prüft, ob bei der Unwetterkatastrophe fahrlässige Tötung im Spiel war. Als Voraussetzung könnten unterlassene oder verspätete Warnungen oder Evakuierungen der Bewohner gelten.

In der Bevölkerung ist unterdessen eine breite Welle der Hilfsbereitschaft zu sehen.



Screenshots

Das betrifft nicht nur die Helfer vor Ort, die tatkräftig mit anpacken, um das Treibholz und den sonstigen Müll beseitigen, sondern auch eine große Spendenbereitschaft.

Der LSI-Regionalverband Oberschwaben hat deshalb beschlossen, auf das Flutkatastrophen-Konto 250 € zu spenden.

Nachdem auch in den öffentlichen und sozialen Medien die Frage der Verantwortung kontrovers diskutiert wird - Flussregulierungen - Hochwasserschutz - Bebauungspläne - Klimaschutz - mangelnde Warnsirenen - machen die Oberschwaben klar: Beste Hilfe ist schnelle Hilfe.

Der **Steuerzahler-Gedenktag** soll die Höhe der Abgabenlast bewusst machen. Nach Angaben des Bundes der Steuerzahler hat jeder durchschnittliche Steuerzahler bis zu diesem Tag theoretisch nur für Steuern und Sozialabgaben gearbeitet; erst der Teil des Jahreseinkommens *nach* dem Gedenktag bleibt für den Steuerzahler selbst.

Beispielsweise betrug die „volkswirtschaftliche Einkommensbelastungsquote“ 53,01 % für das Jahr 2007. Der genaue Zeitpunkt des Steuerzahlergedenktags 2007 wurde daher auf den 13. Juli berechnet.

Für 2008 betrug die Quote 51,73 %, der Zeitpunkt des Steuerzahlergedenktags wurde hierfür auf den 8. Juli ermittelt.

Für die Schweiz wurde 2015 der 2. Juli zum Steuerzahlergedenktag erklärt, in Österreich wurde er 2014 am 12. August begangen.

Quelle: Wikipedia

Jedes Jahr arbeiten wir bis zum 13. Juli für den Staat

FDP zum Steuerzahlergedenktag am 13. Juli

Hirschberg, 02.08.2021

193 Tage. So lang arbeitet der durchschnittliche Arbeitnehmer in Deutschland jedes Jahr – aber nicht fürs eigene Konto. Rein rechnerisch haben Bürger bis zum 13. Juli für den Staat gearbeitet, erst danach für sich. Diese Rechnung macht der Bund der Steuerzahler jährlich mit dem „Steuerzahlergedenktag“ auf. 52,9 % seines Einkommens hat ein durchschnittlicher Haushalt demnach an Steuern und Abgaben abgeführt.



FDP: Infostände zur steigenden Steuerbelastung (v.l. Tim Nusser, Karl-Heinz Weinert)

Zu viel, sagt die FDP und fordert Entlastungen. Dass es sich dabei nicht um reine Klientel-Politik der Gutverdiener oder

einen abgedroschenen Wahlkampfslogan nach der Art: „Mit uns keine Steuererhöhung“ handelt, haben die Hirschberger FDP und Bundestagskandidat Tim Nusser am Samstag versucht klarzumachen. An zwei Infoständen vorm Edeka-Markt in Großsachsen und in Leutershausen an der Ecke Beethovenstraße/ Bahnhofstraße suchten die Freidemokraten zwei Stunden lang das direkte Gespräch. „Wir sehen, dass sich der Tag und damit die finanziellen Belastungen immer weiter nach

lähmt unser Land“, betonte er. Bei Single-Haushalten liege die Abgabenlast sogar noch höher. Das treffe nicht nur Gutverdiener. „Wir machen damit auch soziale Aufstiegschancen zunichte, indem wir beispielsweise Teilzeitjobs von Ehepartnern oder Mini-Jobs in Hartz-IV-Haushalten überhart besteuern“, sagte der Bundestagskandidat. Gerade für junge Menschen sei das „einschnürend“.

Dennoch sieht Nusser einige Stellschrauben. Er plädierte etwa dafür, Steuerklasse sechs abzuschaffen. Vor allem aber pocht die FDP darauf, die Steuern nicht weiter zu erhöhen. „Wir unterschreiben keinen Koalitionsvertrag, in dem Steuern für Privathaushalte steigen würden“, machte er klar.

Im Gespräch mit den Hirschberger Bürgern ging es dabei oftmals nicht alleine um die Steuerlast, sondern um die grundsätzlichen finanziellen Belastungen der Haushalte, etwa über zu hohe Energiepreise.

Für Nusser hängt das alles zusammen. Eine Familie aus Leutershausen beklagte etwa, Eigentum als Altersvorsorge sei in Zukunft kaum noch zu finanzieren.

Bericht in den Weinheimer Nachrichten vom 2.8.2021

Wertegemeinschaft EU

Die Unzufriedenheit mit der EU ist enorm - wie eine Umfrage in sechs europäischen Ländern zeigt.

Umfragen – speziell vor Wahlen – sind mit Vorsicht zu genießen. Drei Fragen müssen besonders kritisch beantwortet werden: Wer (1) fragt wen (2) wie (3)?

(1) Wer bezahlt die Umfrage? Das führt oft zu Auftraggeber-Effekten. Wenn eine Partei ein Institut beauftragt, das der eigenen Partei nahe steht, ist Vorsicht bei der Interpretation geboten. (2) Die repräsentative Stichprobe (bezogen auf die Fragestellung!) ist eine Grundvoraussetzung für die statistische

Aussagefähigkeit. (3) Damit Umfragen schnell und preiswert sind, ist die Methode der Wahl oft die Telefonumfrage oder das Internet. Umfragen mit direktem persönlichem Kontakt sind aussagefähiger, aber auch teurer.

Umfragen sind länderspezifisch. Um verlässliche Zahlen für die EU zu generieren, haben sich sechs Meinungsforschungsinstitute unter dem Namen «Euroscopia Network» zusammengeschlossen.

[www.euroscopia.com] Einschränkung muss gesagt werden, dass die Institute, darunter Insa-Consulere aus Erfurt, die repräsentative Befragung von je-

weils rund tausend erwachsenen Personen auf ihre sechs Heimatländer beschränkt haben. Insofern wird nicht die gesamte EU abgebildet.

Mit Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien, Polen und Österreich sind die sechs bevölkerungsreichsten Staaten vertreten.

Wenn die Europäische Union eine Wertegemeinschaft wäre, müssten ihre Bürger mehr oder minder dieselben Werte teilen. Ist das der Fall? Oder ist bei den vielen Konfliktfeldern, aus denen die Europapolitik besteht, den meisten Menschen das nationale Hemd näher als der europäische Rock?

Wenn die Europäische Union eine Wertegemeinschaft wäre, müssten ihre Bürger mehr oder minder dieselben Werte teilen.

Ist das der Fall?

Brisante Ergebnisse: Impfstoff

Die Resultate gliedern sich in neun Themenblöcke, deren brisanteste den unterschiedlichen Blick der Bürger auf die Corona- und auf die Migrationspolitik ermittelte haben. Aber auch das Kapitel zur Wirtschaftspolitik lässt aufhorchen. Die Auffassung, einen Weg aus der ökonomischen Covid-19-Krise sollten die Länder lieber allein und jedes für sich finden, wird am stärksten in Deutschland vertreten und am

geringsten in Polen – mit 47,3 contra 22,3 %. Die Deutschen sind in vielerlei Hinsicht EU-Skeptiker.

Bei den Deutschen findet auch die These, bei einem nationalen Alleingang hätte es mehr Impfstoff für das eigene Land gegeben, eine rekordhohe Zustimmung von 56,6 Prozent. In Spanien hielten lediglich 20,2 und in Polen sogar nur 13,1 % einen einzel-

staatlichen Einkauf der Vakzine rückblickend für effektiver (siehe Grafik 1 auf Seite 12).

Ein Dauerstreitfall unter den europäischen Partnern ist die Zuwanderungspolitik. Spätestens seit der einsamen Entscheidung der Bundesregierung, im Herbst 2015 die Grenzen nicht zu schließen und Abertausende Flüchtlinge und Migranten willkommen zu heißen,

Ein Dauerstreitfall unter den europäischen Partnern ist die Zuwanderungspolitik. Spätestens seit der einsamen Entscheidung der Bundesregierung, im Herbst 2015 die Grenzen nicht zu schließen und Abertausende Flüchtlinge und Migranten willkommen zu heißen, gilt Deutschland als unsicherer Kantonnist.

Brisante Ergebnisse: Zuwanderung

gilt Deutschland als unsicherer Kantonist.

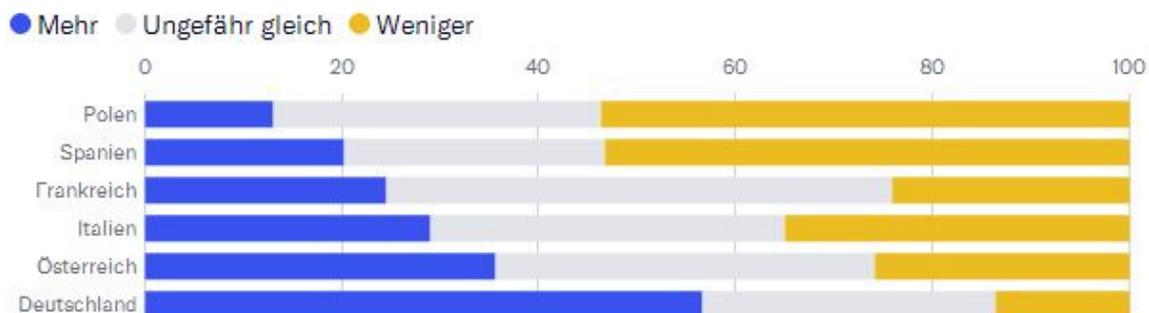
Bei der Frage, ob die Migrationskrise vor allem auf nationaler oder nur auf europäischer Ebene oder durch ein

Zusammenspiel gelöst werden solle, ziehen heute lediglich 22,1 % der Befragten eine hauptsächlich nationale Herangehensweise vor. 49,1 % präferieren ein koordiniertes Vorgehen.

Die meisten Verfechter einer nationalen Lösung befinden sich in 31,9 %n Polen, die wenigsten, mit 9,9 %, sind in Spanien zu finden.

Die Deutschen misstrauen dem Impfmanagement der EU

Antworten von Teilnehmern einer Umfrage auf die Frage: «Gäbe es in Ihrem Land mehr oder weniger Impfstoff, wenn sich nur die nationale Regierung darum gekümmert hätte?» (In Prozent.)



Zahl der Umfrageteilnehmer: rund 1000 pro Land, Befragungszeitraum: 11. bis 18. Juni 2021.

Quelle: Euroskopia Network

Grafik 1

Will man ein identifizierendes Merkmal ausmachen, das die EU-Bürger eint, ist es die Skepsis gegenüber dem Islam.

Brisante Ergebnisse: Abschiebungen

Ein einheitliches Bild ergibt sich bei der Forderung, illegal in die EU eingewanderte Afrikaner abzuschieben, selbst wenn sie minderjährig sind. Hier zeigen sich Österreicher und Deutsche mit einer Zustimmung zur raschen Abschiebung von 40,3 beziehungsweise 38,9 % als besonders scharfe Grenzpolizisten. Dieselbe nachbarschaftliche Freundschaft herrscht bei der Frage, ob generell die Außengrenzen der EU strenger über-

wacht werden sollen. Hier liegt die Zustimmung bei 43 % in Österreich und 42,3 % in Deutschland. Der Schnitt beträgt in den sechs untersuchten Ländern nur 26,9 %.

Will man ein identifizierendes Merkmal ausmachen, das die EU-Bürger eint, ist es die Skepsis gegenüber dem Islam. Auf einer Skala von 1 bis 10, mit der die Kompatibilität von fünf Weltreligionen mit den europäischen Wer-

ten eingeordnet wird, erreicht der Islam marginere 3,67 Punkte.

Noch am wenigsten wird er in Deutschland als fremd abgelehnt, wo der Wert 4,48 beträgt. Frankreich, das unter vielen islamistischen Anschlägen litt, billigt dem Islam nur 2,69 Punkte zu. An der Spitzenposition des Christentums in allen sechs Ländern gibt es nichts zu rütteln. [siehe Ergebnisse auf der Homepage].

Buchtipps für liberale Selbst-Denker



Die Idee der Freiheit im Herzen tragen

Wegen der Corona-Pandemie wurden die massivsten Grundrechtseingriffe seit Gründung der Bundesrepublik vorgenommen.

Unsere Freiheitsrechte gerieten nicht nur durch die Entscheidungen der Regierungen, sondern auch durch eine große Verunsicherung innerhalb der Gesellschaft unter Druck. Wolfgang Kubicki widmet sich den Fragen, wie die Idee der Freiheit so schnell in Verfall geraten konnte und welche Rolle Politik, Medien und Gesellschaft in diesem Prozess gespielt haben. Er ruft dazu auf, die

Grundlagen unseres Gemeinwesens nicht leichtfertig über Bord zu werfen, sondern gerade in Krisenzeiten auf die Stärke unserer verfassungsmäßigen Ordnung zu setzen: ein Plädoyer gegen Moralismus, Angstmache und Ausgrenzung – und für eine mutige, offene Auseinandersetzung

um den richtigen Weg. Denn nur eine Gesellschaft, die die Idee der Freiheit im Herzen trägt, kann Herausforderungen wie die Corona-Pandemie langfristig überwinden.

Westend-Verlag 14,00 €



Michael Schmidt-Salomon: Mensch bleiben im Maschinenraum. Über Künstliche Intelligenz und Künstliche Dummheit.

Der Alibri Verlag startet mit "Standpunkt.e" eine neue Essay-Reihe mit kurzen, prägnanten Texten in hochwertiger Ausstattung. Im ersten Band der Reihe erklärt gbs-Vorstandssprecher Michael Schmidt-Salomon, warum wir keine Angst vor "Künstlicher Intelligenz" (KI) haben sollten – wohl aber vor "Künstlicher Dummheit" (KD).

Die prägnant zuge-spitzten Thesen werden sicherlich den einen oder anderen Widerspruch hervorrufen, aber genau darum geht es in dieser Essay-Reihe, nämlich um möglichst pointiert formulierte Standpunkte, die eine (hoffentlich) fruchtbare Debatte zu gesellschaftlich relevanten Themen auslösen können.

Alibri-Verlag 8,00 €



Wolfgang Kubicki



Michael Schmidt-Salomon

Einladung zur LSI Mitgliederversammlung 2021

Die abgelaufene Amtsperiode des aktuellen Vorstands war geprägt von mehr oder weniger massiven Einschränkungen für unseren weltanschaulich geprägten Vereinszweck: liberale Gesinnung und liberales Lebensgefühl in der Zivilgesellschaft zu verbreiten und zu verankern.

Unsere Veranstaltungen mit Referenten und unsere gemeinsamen Reisen sind großteils coronabedingt ausgefallen. Und damit auch die Möglichkeit, Neumitglieder zu gewinnen.

Unser aktuelles Thema ist die Neugestaltung unserer inzwischen 10 Jahre alten Homepage.

Bei den Beisitzern haben die Herren Kastner und Dr. Dilger mitgeteilt, das sie aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr kandidieren.

Bitte prüfen Sie sich selbst, ob Sie für bestimmte Ämter kandidieren möchten.

Wir suchen auch Themen-Experten für unsere Newsletter.

Mitgliederversammlung mit Neuwahlen des Landesvorstands am **23. Oktober 2021** im Tagungshotel „Goldener Pflug“ in Ludwigsburg

Vorläufiger Zeitplan:

- [Samstag 23.10.2021](#)
- **9:30 - 10:30**
Registrierung und Empfangskaffe
- **10:30**
Beginn der MV
- Grußworte
- Bericht des Vorstands
- Bericht der Kassenprüfer
- Entlastung des Vorstands
- **Themenreferat (NN)**
- **12:30 - 13:15**
Mittagsbuffet
- **13:15 - 14:15**
Kandidatenvorstellung und Neuwahlen
- **14:15 - 14:45**
Aussprache und Ausblick auf Projekte 2022
- **15:00 - 17:00**
Touristenprogramm

Die fristgerechte Einladung geht allen LSI Mitgliedern per Post zu. Etwasige Anträge sind auch fristgerecht zu stellen.

Der aktuelle GF Landesvorstand der LSI Baden-Württemberg



Dr. W. Allehoff
Vorsitzender



Dr. G. Bozler



H-P Gramesbacher



Prof. K-E Noreikat

Stellvertr. Vorsitzende



K-H Weinert
Schatzmeister



H Skudelný
Schriftführer

Der aktuelle geschäftsführende Landesvorstand ist ein eingespieltes Team und hat kundgetan, mit zwei Ausnahmen wieder für die Positionen zu kandidieren.

Sowohl Dr. Gerhard Bozler als auch Prof. Karl-Ernst Noreikat kandidieren aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr.

Die aktuelle Liste der Beisitzer ist:



Bärbel Noreikat



Liane Bott-Völker



Klaus Kastner



Frank Bantle



Günther Hammer



Dr. Horst Dilger



Manfred Härterich

Einladung zur Bundesdelegiertenversammlung in Düsseldorf

Bundesdelegiertenversammlung mit Neuwahlen des Bundesvorstands der Liberalen Senioren am **30. Oktober 2021** im Tagungshotel „Alt Graz“ in Düsseldorf.

Vorläufiger Zeitplan:

- [Freitag 29.10.2021](#)
 - 10:00 - 13:00
Liberaler Landesseniorentag im **Landtag NRW**
 - 15:00 - 16:30
Mitgliederversammlung der Liberalen Senioren NRW im **Hotel Alt Graz**
 - 17:00 - 18:00
MV des Bundesfördervereins der Liberalen Senioren im **Hotel Alt Graz**
 - 19:00 - 22:00
Besuch einer Düsseldorfer Alt-Bier-Kneipe
- [Samstag 30.10.2021](#)
 - 10:00 - 15:00
Delegiertenversammlung der Liberalen Senioren Bund im **Hotel Alt Graz**
 - 16:00 - 17:00
optional Touristenprogramm in der Altstadt

Danach individuelle Abreise

Der unter der Ägide des früheren Landesvorsitzenden Baden-Württembergs, Dr. Kurt Sütterlin, 2010 initiierte „**Liberaler Landesseniorentag**“ zusammen mit der Landtagsfraktion hat sich - vor allem was die Außenwirkung betrifft - als sehr erfolgreich erwiesen. Nach diesem Muster veranstaltet nun der Landesverband NRW den ersten Landesseniorentag im Landtag NRW. Anreisende Delegierte der anderen Bundesländer und deren Gäste sind herzlich willkommen.

Wegen der unterschiedlichen Organisationsstrukturen der Landesverbände der Liberalen Senioren (eingetragene Vereine zum einen und Vereine nach § 54 BGB zum anderen), haben wir einen **gemeinnützigen Förderverein** zur Unterstützung des Bundesverbands gegründet. Dieser trifft sich am Freitag um 17:00 Uhr.

Die eigentliche **Delegiertenversammlung mit satzungsmäßig vorgeschriebenen Neuwahlen** des Bundesvorstands findet am Samstag den 31.10. statt. Eine Einladung mit Tagesordnung und Details zu Anreise und Hotel erhalten die Delegierten rechtzeitig.

Der aktuelle geschäftsführende Vorstand



Detlev Parr NRW



Dr. Wolfgang Allehoff BW



Horst Friedrich BY



Karl-Heinz Weinert BW



Dirk-Heinrich Heuer NS

Der aktuelle geschäftsführende Bundesvorstand ist ein eingespieltes Team und hat kundgetan, wieder für die Positionen zu kandidieren.

Detlev Parr, Bundesvorsitzender;
Dr. Wolfgang Allehoff und Horst Friedrich, stellvertretende Bundesvorsitzende;
Karl-Heinz Weinert, Schatzmeister;
Dirk-Heinrich Heuer, Schriftführer.

Assoziiertes Mitglied im Vorstand ist Eckart George, der die Bundeshomepage betreut.

Satzungsgemäß sollen die 16 Bundesländer in den Beisitzerfunktionen abgebildet werden. Der detaillierte Schlüssel geht den delegierten zusammen mit der fristgerechten Einladung zu.

Landesvorsitzende sind - sofern sie nicht über Beisitzerfunktionen schon im Bundesvorstand vertreten sind - automatisch kooptiert. Der Bundesvorstand kann themenspezifische Experten berufen.

Themen zum Beispiel:

- Rentenkonzepte
- Digitalisierung im Gesundheitswesen
- Rechtliche Aspekte in der Pflege

Redaktionsteam / Themen / Termine

Liebe Mitglieder und Freunde der LSI,

mit unseren Themen sind wir auf der Höhe der Zeit:

- Fokus auf **gesundheitsstärkende Faktoren**
- Fokus auf **Sicherheit und Prävention**
- Fokus auf architektonische **Wohnkonzepte, die nicht erst im Alter beginnen**
- Fokus auf **Lernkonzepte, die lebenslang gelten**
- Fokus auf **generationenübergreifende Lösungsansätze**
- Fokus auf **bürgerschaftliches Engagement**

Ihr Redaktionsteam

Redaktionsteam;

Dr. Wolfgang Allehoff (WHA)
Heidemarie Skudelny (SKY)
Dr. Kurt Sütterlin (KS)
Günther Hammer (GRH)
Klaus Kastner (KK)

Autoren dieser Ausgabe:

Dr. Timur Lutfullin
Friedrich Haag MdL

Gastbeiträge

Karl-Heinz Weinert (KHW)

Nächste LSI-Aktuell-Themen

1. Freiheitseinschränkungen durch Pandemie
2. Lebenslanges Lernen aus LSI-Sicht

Aufruf zur Mitarbeit:

Unser LSI-Aktuell kann nur so informativ sein, wie Sie – unsere Leser – aktiv an der Gestaltung mitarbeiten. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften an unsere zentrale E-Mail-Adresse

info@liberale-senioren-bw.de

Terminankündigungen:

- 25.9.2021 Reise mit dem „Roten Flitzer“ an den Bodensee
- 26.9.2021 Bundestagswahl
- 23.10.2021 LSI Mitgliederversammlung in Präsenz mit Neuwahlen in Ludwigsburg
- 30.10.2021 Bundesdelegiertenversammlung der Liberalen Senioren in Düsseldorf
- März 2022 LSI Reise nach Brüssel mit Besuch des EU-Parlaments

Liberale Senioren Initiative Baden-Württemberg

Rosensteinstr. 22
70191 Stuttgart

info@liberale-senioren-bw.de

Inhalt

Corona-Maßnahmen beenden! Sofort! (WHA)	Seite 1
Impfpflicht: Viel zu tun für die Freiheit - Timur Lutfullin	Seite 2/3
E-Fuels sichern Arbeitsplätze - Friedrich Haag MdL	Seite 4/5
Wahlaufruf der Liberalen Senioren (WHA)	Seite 6/7
In eigener Sache - Oberschwaben (KK)	Seite 8/9
Steuerzahler-Gedenktag : Pressemitteilung (KHW)	Seite 10
EU-Umfrage Wertegemeinschaft (WHA)	Seite 11/12
Buchtipps (WHA)	Seite 13
Terminankündigung: MV mit Neuwahlen in Ludwigsburg 23.10.21	Seite 14
Terminankündigung: Bundesdelegierten-Versammlung Düsseldorf 29.10. und 30.10.2021	Seite 15